

Antrag „Flutung im Bergwerk Saar stoppen – Unabhängige wissenschaftliche Begleitung des Verfahrens sicherstellen“

zur Verabschiedung auf dem Landesparteirat am 8. März 2015 in Diefflen

Einbringer: Grüne Landtagsfraktion

Die RAG plant im Saarland einen bisher einzigartigen Vorgang: Bis zum Jahr 2035 sollen schrittweise alle Pumpen zur Hebung des Grubenwassers im Saarland abgestellt werden. Hierdurch kann die RAG jährlich 17 Mio. Euro einsparen, die derzeit für die Abpumpmaßnahmen anfallen.

Ein Anstieg des Grubenwassers kann schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt haben: Sie reichen von Hebungen, Ausgasungen, Erderschütterungen und Tagesbrüchen bis hin zu Trinkwasserverunreinigungen.

Aufgrund dieser Risiken hatte sich die RAG im Jahr 2006 noch selbst auferlegt, das Grubenwasser ewig abzupumpen. Im März 2013 erklärte sie gegenüber dem zuständigen Ausschuss im Landtag, dass sie diesen Plan verworfen hat und das Grubenwasser komplett ansteigen soll.

Es gibt bis heute keine unabhängige Expertise, die mögliche negative Folgen bei einem Grubenwasseranstieg abschätzen kann. Insbesondere von unter Tage befindlichen Giftstoffen geht ein großes Risiko für die Trinkwasservorkommen aus. Es ist bis heute unklar, welche Mengen an Giftstoffe sich wo unter Tage befinden.

Trotz dieser Unwägbarkeiten hat die schwarz-rote Landesregierung im Jahr 2013 bereits einen maßgeblichen Teil des geplanten Wasseranstiegs genehmigt: die Flutung des Bergwerks Saar von -1.450 Meter auf -400 Meter NN. Dies geschah vorbei an Öffentlichkeit, Parlament, den betroffenen Kommunen, den Bergbaubetroffenen und Umweltverbänden.

Die Genehmigung dieser Flutung des Bergwerks Saar geschah außerdem gegen den ausdrücklichen Rat der eigenen Fachbehörden. Sowohl das Oberbergamt als auch das Landesamt für Umwelt und Arbeitsschutz hatten sich im damaligen Verfahren gegen die Genehmigung ausgesprochen.

Landesregierung und RAG handeln in dieser Frage vollkommen unverantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Bezeichnend hierfür ist unter anderem, dass die RAG das Thema Giftstoffe unter Tage in ihrem im Februar 2014 eingereichten Grubenwasserhaltungskonzept überhaupt nicht berücksichtigt hatte und sich die Landesregierung erst auf Druck der Grünen im Landtag mit dieser Problematik beschäftigt hat.

Der Landesparteirat fordert daher von der saarländischen Landesregierung:

- den Wasseranstieg im Bergwerk Saar sofort zu stoppen;
- die Wasserhaltung im Bergwerk Saar nicht getrennt, sondern als Teil des Gesamtgrubenwasserkonzeptes zu behandeln;

- eine unabhängige wissenschaftliche Institution einzusetzen, die die Verfahren zur Beantragung und Genehmigung möglicher Flutungen begleitend evaluiert;
- unabhängige wissenschaftliche Expertise zu allen negativen Konsequenzen, die durch einen Grubenwasseranstieg eintreten können, einzuholen;
- keine Teilgenehmigungen zur Flutung einzelner Bergwerke auszusprechen, bevor für das Grubenwasserhaltungskonzept in seiner Gesamtheit eine unabhängige Bewertung vorliegt;
- vollständige Transparenz über unter Tage befindliche Giftstoffe, über bereits erteilte Genehmigungen und anstehende Genehmigungsprozesse herzustellen;
- den saarländischen Landtag, die betroffenen Kommunen, die Bevölkerung, Bergbaubetroffene und die Umweltverbände umfassend in die Verfahren einzubeziehen.